

Endlich: Einführung von strengeren Regeln für Hackerangriffe

28.06.2013

(BRH Euskirchen) Immer häufiger werden ältere Menschen, die sich im Internet bewegen, von Hackerangriffen überrascht und geschädigt. Da ist es erfreulich, dass jetzt europaweit Maßnahmen ergriffen werden. So steht bei der Plenartagung des Europäischen Parlaments in der nächste Woche u.a. die Einführung von strengeren Regeln für Hackerangriffe auf der Tagesordnung.

"Cyber-Kriminalität" (Straftaten im und aus dem Internet mit den Techniken des Internets) ist inzwischen zu einer ernsthaften Bedrohung im öffentlichen sowie privaten Sektor geworden und verlangt längst nach einem einheitlichen Strafraumen. Die jetzt im Europäischen Parlament zur Abstimmung stehende Richtlinie leistet eine notwendige Grundlage, die Europäischen Bürger und Unternehmen zukünftig besser zu schützen.

Cyber-Kriminelle müssen bei besonders schweren Vergehen zukünftig mit mindestens fünf Jahren Haft rechnen. Der Ausschuss für Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments hat sich für einen einheitlichen Strafraumen bei Cyberangriffen ausgesprochen, der auch sogenannte neue Bedrohungen wie so genannte "Botnets", d.h. groß angelegte Angriffe mit Hilfe von Schadsoftware, berücksichtigen sollte.

Um Cyber-Kriminalität erfolgreich vorzubeugen und zu bekämpfen, bedarf es außerdem einer engeren Zusammenarbeit der zuständigen Behörden.

[Zur Nachrichtenübersicht](#)